Nr. 144. Mittwoch, den 27. Juni 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Viertelj. 1 Mk. 50 Pf., f. Oesterr. 2 Kr 55 h (ohne Bestellgeld). Bei all. and. Postanstalten u. Zeitungspreisl. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunden: 11—12 Uhr

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklame m. 50 ₰ die Zeile berechnet, A. Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1996.

r. Die französische Zukunftsstaatsdebatte.

Nunmehr hat die französische Deputiertenkammer auch ihre Zukunftsstaatsdebatte gehabt; sie wurde jedoch nur von zwei Rednern geführt! Jaurès trat für die sozialdemokratischen Utopien ein und Minister Clemenceau bekämpfte sie. Die Redeschlacht endigte mit dem Siege des Ministers; dessen Rede, wie beschlossen wurde, im Lande angeschlagen werden soll. Clemenceau hat sich die Türe zum Ministerpräsidenten hierdurch geöffnet, und es ist nur noch eine Frage von Wochen, bis sein Chef Sarrien abtritt, und dem geistigen Kopf des Ministeriums Clemenceau, auch nach außen hin gibt, was ihm gebührt. Schließlich lief die gesamte Debatte in einem gegenseitigen Vertrauensvotum aus; schloß doch Jaurès seine Rede mit den Worten: „Wir sind ebenso eifrige Republikaner wie Sozialisten, ebenso sehr Reformisten in Bezug auf die Methode wie Revolutionäre in Bezug auf das Endziel, und wir werden uns jedem Reformwerke anschließen, wenn es ernsthaft und wirksam ist.“ Gewiß war dies für den Sozialistenführer das klügste; er hatte nämlich zuvor herzlich schlecht abgeschnitten. Die große Gesamtfrage nach seinem Zukunftsstaat hat er gar nicht beantwortet; er hat um Zeit! Seit Jahren aber kritisieren hierin die Genossen gar alles und nun sie sagen sollen, wie sie sich die Ordnung der Dinge denken, bitten sie um Zeit! Ganz wie bei uns, wo dereinst eben Liebknecht meinte, daß nur ein Narr oder Dummkopf nach dem Zukunftsstaat fragen könne.

Die Zukunftsstaatsdebatte war mehr ein Scheinmanöver als ein ernstes Gefecht; deshalb taten sich auch die sonst so eng Verbündeten nicht weh! Man schoß nicht scharf; sondern nur mit Platzpatronen. Die Radikalen und die Radikalsozialisten waren im Laufe der letzten Jahre, in den Tagen des Combismus und des „bloc“, in eine unleugbare Abhängigkeit von den Sozialisten geraten und sie liefen Gefahr, ihre selbständige Bedeutung allmählich mehr und mehr zu verlieren. Die Sozialisten hatten, so lange sie mit der bürgerlichen Linken vereint marschierten, sehr viel Wasser in ihren Wein tun müssen, und sie konnten befürchten, daß eine neue, extremere Richtung — die Richtung der Fédération générale“ — über lang oder kurz die Sympathien der Arbeitermasse gewinnen würde. Es war für die Sozialisten, seit sie sich — mit Ausnahme von 11 gemäßigten Geistern — den Beschlüssen der internationalen Parteitage unterwarfen und sich, ihren Gruppenhader vergessend, geeinigt hatten, auch schwer, noch länger mit den bürgerlichen Elementen im „bloc“ zu verbleiben. Trotzdem kann man sagen, daß die radikalen Parteien und die Sozialisten auch weiter nur danach gestrebt hätten, gegen den gemeinsamen Feind Front zu machen, wenn die Gegner bei den Wahlen nicht so vollkommen geschlagen, zertrümmert und zerrieben worden wären. Heute sind die Radikalen imstande, auch ohne den Beistand der Sozialisten sich gegen das Zentrum und die Rechte zu behaupten. Und Radikale und Sozialisten können sich den billigen jetzt ungefährlichen Luxus gönnen, zur Genugtuung ihrer Wähler die Unabhängigkeit ihrer Politik zu betonen. Auf der anderen Seite wollte man sich nicht zu sehr wehe tun, um auch später wieder einmal gegen die Kirche gemeinsam vorgehen zu können; so erklärte sich das bisweilen scharfe Wortgefecht, das keine Taten nach sich ziehen wird.

Der Sozialistenführer Jaurès nahm die Debatte auf; er warf in einer zweitägigen Rede dem Minister des Innern, der Regierung und den Radikalen den Fehdehandschuh hin: er tadelte das Programm des Kabinetts als zu lammherzig und schwächlich, erklärte, daß die Regierung überall auf halbem Wege stehen bleibe und den Augenblick nicht zu nutzen wisse, beschuldigte Clemenceau, daß er die Streikenden hindere und verfolge, und entwickelte mehrere Stunden lang die Theorien des Marxismus und der Expropriierung. Clemenceau brauchte gleichfalls zwei Tage für seine Entgegnung: den ersten Tag, um die Anklagen zu widerlegen und um mit Jaurès persönlich abzurechnen, und den zweiten, um die Baufälligkeit und den Widersinn der sozialistischen „Kathedrale“ zu beweisen. An diesem zweiten Tage nahm Jaurès dann abermals das Wort, kritisierte Clemenceaus Reden, gab aber auch zu, daß Clemenceau das Regierungsprogramm sehr erfreulich ergänzt habe. Dann einigten sich beide Duellanten und der Spaß hatte sein Ende! Die Mehrheit klatschte recht viel und kräftig Beifall, und Clemenceau ließ sich ebenso beglückwünschen, wie nun sein Gegner in der sozialdemokratischen Presse gefeiert wird.

Viel Neues erfuhr man in dieser langen Debatte nicht; sie trug auch zu sehr französischen Charakter, sowie in der Form, wie im Inhalt. Die beiden Redner bemühten sich offensichtlich, rednerische Freiheiten auszuarbeiten und sie mit recht vielen Bosheiten zu spicken. Das war der Nebenzweck der Uebung. Jaurès hat schon zu oft gesprochen, als daß er noch großen Eindruck gemacht hätte, anders war es beim Minister Clemenceau. 1893 mußte er infolge des Panamaskandales aus der Kammer ausscheiden, und seither sprach er nur noch im Senat und in seiner „Aurora“, deshalb drängte jetzt alles, um ihn zu hören. Jaurès bot ihm ernstliche Gelegenheit zum Angriffe; er hatte seine Hauptangriffspunkte dahin zusammengefaßt, daß der Minister bei Streiks das Militär einschreiten ließ und mit den revoltierenden Arbeitern nicht allzu sacht umging. Clemenceau gab nun hier den Hieb sehr scharf zurück; er sagte: „Es ist ein großer Irrtum, über den Sie die Arbeiter aufklären sollten, wenn man das Recht auf Streik mit dem Recht auf den Knüttel verwechselt. Die Feinde des Arbeiters sind diejenigen, die ihn auch im Unrecht noch ermutigen und ihn glauben lassen, es genüge, daß er die Gewalt unter der er gelitten, gegen andere anwende. Ich frage Sie, da Sie mir vorwerfen, daß ich gegen die Arbeiter eingeschritten sei, ich frage Sie . . . denken Sie, Sie seien Minister . . . solch ein Unglück geschieht so schnell! . . . würden Sie den Streikenden gestatten, die Häuser der nichtstreikenden Arbeiter zu plündern? . . . Was würden Sie an meiner Stelle tun, wenn der Präfekt Ihnen telegraphierte, man plündere die Häuser der Bergleute? . . . Haben Sie den Mut, zu antworten, da Sie mich so viel unterbrechen und sagen Sie, ob Sie, ja oder nein, die Ordnung schützen würden? Ich erwarte Ihre Antwort . . . Sie antworten nicht? (Jaurès schüttelt den Kopf) . . . Ihr Schweigen ist eine Antwort!“ Gewiß und zwar eine sehr deutliche. Wer gegen die sozialdemokratische Mehrheit sich einmal auflehnen wollte, dem ginge es viel schlimmer als es heutzutage ausschreitenden Arbeitern geht.

Clemenceau ging aber in seiner programmatischen Erklärung sehr weit über das Programm des Gesamtkabinetts heraus; er will sehr kräftig zugreifen und wünscht „im Prinzip“ den Achtstundentag, aber er glaubt nicht, daß man ohne wirtschaftliche Katastrophen vom Elfstundentag gleich zum Achtstundentag kommen könne. Er ist für die Gewinnbeteiligung der Arbeiter bei den neu entstehenden Grubengesellschaften und erklärt sich bereit, die Ablösung aller Privatmonopole durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen einzuleiten. Mit dieser Erklärung ist er entschieden über das Regierungsprogramm hinausgegangen, das nichts Aehnliches enthält und er dürfte den Finanzminister Poincaré damit nicht gerade entzückt haben. Die Sozialisten applaudierten demonstrativ bei diesem Teile seiner Rede, und so war nach allen Sticheleien die Brücke zu einer Verständigung geschaffen. Der „Bloc“ wird also die Geschäfte weiterführen; vielleicht gibt sich der Radikalismus etwas selbstständiger und folgt nicht mehr jeder Neigung der Genossen; denn die Radikalen sind Geldleute und verabscheuen nichts so sehr, als daß an ihren Geldbeutel gegriffen werden soll. Wir messen aber der ganzen Debatte sehr wenig von nachhaltender Wirkung zu; es war ein brillantes Feuerwerk der Redelust, mehr aber nicht!

Die Puttkamer-Affäre

zieht nun doch ganz andere Wellen; Zeitungen, die seither kein Wort der Kritik gegen die Kolonialabteilung aussprachen, sind nun empört. Der konservative „Reichsbote“ wünscht eine Erneuerung des Beamtenkörpers; „aber nicht bloß in den unteren Regionen; eine solche Beschränkung würde zu nichts führen; denn das Uebel scheint in den höheren Regionen zu sitzen.“ . . . „Die heillosen Zustände im Kolonialamt sind geeignet, allen Gutgesinnten die Freude an der Kolonialpolitik zu verderben; denn wenn im Kolonialamt solche Zustände herrschen, was soll man da erst in den Kolonien erwarten, zumal wenn man im Kolonialamt sich bemüht, die Mißstände in den Kolonien zu verhüllen und zu verheimlichen und dann doch wieder durch einzelne Veröffentlichungen grelle Schlaglichter darauf fallen läßt. Was ist da schon alles bekannt geworden von dem Gebahren der Händler in Südwestafrika, dem häßlichen Fall Arenberg und den widerwärtigen Vorkommnissen in Kamerun. Wenn im Kolonialamt ein klarer, sittlich ernster Wille herrschte, so dürften solche Fälle nicht monatelang die Oeffentlichkeit beschäftigen, sondern müßten rasch und klar entschieden werden, statt daß sie, wie der peinliche Fall Puttkamer, lange hin- und hergezerrt werden, so daß schließlich die ernsten und ehrlichen Kolonialfreunde sich sagen, wenn die Regierung diese Kolonialsache nicht anders behandeln will oder kann, dann mag der Kuckuck oder die Engländer die Kolonien holen. Denn dann wird für uns doch nichts daraus, als daß sie uns ungezählte Millionen kosten, die wir in der Heimat besser anwenden könnten. Weil wir ernste Freunde der Kolonialpolitik sind, so verlangen wir, daß die Regierung dafür sorgt, daß diese Wirtschaft aufhört und die Verwaltung vom Kolonialamt so geführt wird, daß die Entwickelung der Kolonien in gesunde Bahnen geleitet werde. Die elende Weiber- und Günstlingswirtschaft, die so viel Unheil anstiftet, weil sie die Gewissen stumpf macht, muß vor allem aufhören.“

Mit Recht meint das „Berl. Tagebl.“: „Um zwei Dinge kommt die Regierung in keinem Falle herum, ohne das schärfste Mißtrauen gegen ihre koloniale Verwaltungspraxis im Volke wachzuhalten. Sie darf nicht darauf verzichten, eine umfassende und rücksichtslose Untersuchung über die gesamte Amtsführung Puttkamers vorzunehmen, und sie darf nicht darauf verzichten, in der Kolonialabteilung eine Reform an Haupt und Gliedern eintreten zu lassen.“ Geheimrat Rose, der den seltsamen Bericht angefertigt hat, muß sich höchst Unangenehmes von der „Berl. Morgenpost“ sagen lassen. Vor mehr als einem Jahrzehnt, im Oktober 1894 und im April 1895, war der damalige Legationsrat Rose in dem Disziplinarverfahren gegen den Kanzler Leist, der bis dahin stellvertretender Gouverneur in Kamerun war, Vertreter des Auswärtigen Amtes. In dieser Stellung vertrat er die Anklage gegen den Kanzler Leist, den Vorgänger

Der Tag von Langensalza.

Eine geschichtliche Erinnerung an den 27. Juni 1866 von Dr. Ernst Wohl. (Nachdruck verboten.)

Wer sich die Geschichte der Einigung des neuen deutschen Reiches zur Aufgabe seines Studiums gemacht hat, darf nicht etwa mit jenen denkwürdigen Tagen der Jahre 1870-1871 beginnen, in denen Nord und Süd vereint gegen den Franzmann zu Felde zogen. Er muß tiefer graben. Er muß weiter in die Vergangenheit zurückgehen. Die Napoleonische Invasion und ihre Bekämpfung waren wohl die ersten Stadien dieser Einigungsbestrebungen, die 1848 lauter denn je an das Tor der deutschen Oeffentlichkeit pochten, die aber zum ersten Male greifbarere Gestalt annahmen im Jahre 1866, in jenen Tagen des deutschen Bruderkrieges, in denen der Name Langensalza keine geringe Bedeutung hat. —

Heute ist Langensalza eine Kreisstadt im preußischen Regierungsbezirk Erfurt. Sie hat jetzt gegen 14 000 Einwohner. Und doch kommt der Ort Langensalza als Schlachtfeld nicht weniger denn viermal in der Geschichte vor. Am 9. Juni 1075 gewann hier Kaiser Heinrich IV. eine Schlacht gegen die Sachsen. Dann meldet die Kriegsgeschichte weiter, daß am 15. Februar 1761 Preußen und Engländer im Verein die Reichsarmee in die Flucht schlugen. Dann kamen die Befreiungskriege; wieder war es Langensalza, wo am 17. April 1813 ein Gefecht zwischen Preußen und Bayern stattfand, in welchem die ersteren Sieger blieben.

Dann kam das Jahr 1866, dessen Vorgeschichte jedoch, selbst in dem engen Rahmen dieser kurzen Betrachtung, hier gestreift werden muß. Oesterreich, dessen Ansehen durch die Napoleonischen Verheerungen in Europa einen argen Stoß erlitten hatte, mußte — die Verhältnisse drängten förmlich dazu — alles daran setzen, um sich nicht durch das machtvoll aufstrebende Preußen ganz in den Schatten stellen zu lassen. Die Kriegsoperationen der beiden Rivalen im Jahre 1864 war wohl Anstoß gebend. Die schleswig-holsteinische Frage rief immer lauter und dringlicher nach einer endgültigen Erledigung. Man wußte wohl von vornherein auf beiden Seiten, daß diese Entscheidung niemals auf Kongressen würde gelöst werden können. Jeder der beiden Gegner suchte jedoch, bevor es zum endgültigen Bruch und zur Kriegserklärung kam, soviel Chancen, wie nur irgend möglich, für sich zu gewinnen. Preußen suchte eine Annäherung an Italien und Oesterreich suchte die Mitglieder des Bundes, darunter Hessen und Hannover für sich zu gewinnen. Es kamen die bekannten Vorgänge in Holstein (5., 7., 11. und 14. Juni), deren Folge am 17. und 18. Juni die beiderseitigen Kriegserklärungen waren. Es sollte kein Krieg von langer Dauer, aber doch einer von den größten und weittragendsten Entscheidungen werden, die die Geschichte je aufzuweisen.

Hessen und Hannover hatten sich bekanntlich auf die Seite Oesterreichs gestellt. Trotz der Vorstellungen Bismarcks war dies geschehen. Doch die Preußen zauderten nicht. Am 15. Juni ging General v. Manteuffel über die Elbe, besetzte Harburg, Lüneburg und Celle, am 17. rückten preußische Truppen in Hannover ein. Stade und Emden kapitulierten, und zu gleicher Zeit besetzten die Preußen auch Kassel.

Allein die Hannoveraner, zuerst wohl etwas überrascht durch das frische Drauflosgehen der Preußen, sammelten sich so rasch sie konnten. 12 000 Mann Fußvolk, 2000 Reiter und 42 Kanonen waren rasch beisammen. Unterhandlungen, die eingeleitet waren, führten zu keinem rechten Ende, und so kam es denn am 27. Juni zu dem geschichtlich bekannt gewordenen Gefecht von Langensalza. 8150 Mann preußischer Infanterie, 225 Reiter und 24 Geschütze standen zirka 20 000 Hannoveranern mit 52 Geschützen gegenüber. Die Aufgabe der Preußen war es, die Hannoveraner festzuhalten und sie an einem geplanten Durchbruch in der Richtung nach Eisenach hin zu hindern. Und das gelang. Fünf Stunden lang wehrten die Preußen der hannöverschen Uebermacht. Dann aber mußten sie unter empfindlichem Verlust den Rückzug antreten. Inzwischen aber hatten 40 000 Preußen die Hannoveraner eingeschlossen, denen nun nichts weiter als die Kapitulation übrig blieb.

War auf Seiten der Preußen General v. Flies der Held des Tages, so heimste auch der hannoveranische Truppenführer General v. Arentschildt seinen wohlverdienten Ruhm in Hülle und Fülle ein. Und beide verdienten vollauf das Lob, das ihnen gezollt wurde; sowohl als Menschen, wie auch als tüchtige Strategen und als kühne, unerschrockene Soldaten, die mutig jeder Gefahr ins Auge schauten.

Rekapitulieren wir das Schlachtfeld noch einmal, so werden die folgenden Momente sich uns besonders scharf einprägen. Wollte Preußen seine Operationen in Böhmen gesichert wissen und nicht einen Krieg nach verschiedenen Fronten führen, so mußte es suchen, den Hannoveranern so rasch und so nachdrücklich wie nur irgend möglich entgegenzutreten. Ein Stück Selbsterhaltungstrieb lag in einem derartigen Vorgehen, denn es mußte die erst friedlich geforderte Neutralität der Hannoveraner auf diese Art erzwingen. Auf der anderen Seite aber können die Hannoveraner den Tag von Langensalza selbst getrost zu ihren Siegestagen zählen, denn es gelang ihnen — wenn auch in erster Linie nur ihrer numerischen Uebermacht — die Preußen zum Rückzug zu zwingen. Die Cernierung der hannöverischen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060627/1